

Großdemos am 28. März in Frankfurt/Main und Berlin: Die Reichen sollen für die Krise zahlen!

- Vermögenssteuer jetzt: Millionärssteuer von 10 Prozent
- Arbeitsplatzvernichtung stoppen: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Sozialistische Verstaatlichung aller Banken: Dauerhaft und demokratisch



Wenn unsereins einkaufen geht und an der Kasse merkt, dass nicht genug Geld im Portemonnaie ist, haben wir eben Pech gehabt. Normal? Nicht überall. Wenn man Chef der Commerzbank ist, läuft das anders: Als für die Übernahme der Dresdner Bank das Geld nicht reichte, stellte die Regierung der Commerzbank superschnell 18 Milliarden Euro zur Verfügung: Vier mal so viel wie der Aktienwert der Commerzbank insgesamt!

Schutzschirm für Profite

Das ist doch absurd!, möchte man laut schreien. Doch genau diese Absurdität ist normal im Kapitalismus. 500 Milliarden mobilisierte die Regierung innerhalb von wenigen Tagen zur Rettung der Banken. In den Krankenhäusern fehlen seit Jahren Investitionen. Das Bildungssystem ist marode. Immer wieder wurde behauptet, es sei kein Geld da. Jetzt ist offensichtlich: Für uns ist keine Kohle da – für die Sicherung der Kapitalbesitzer und ihrer Profite werden Milliarden locker gemacht.

Die weltweite Krise hat ihre Ursache im Konkurrenzprinzip und der Profitlogik des Kapitalismus. In diesem System zählt nicht, was für alle Menschen nötig ist, sondern was am meisten Profit bringt. Wenn sich die Gewinnaussichten für die Unternehmen verschlechtern, hören sie

auf zu investieren und es kommt zur Krise – ganz egal, ob dann Millionen arbeitslos werden oder verarmen.

Der Gipfel ist dann noch, dass wir – ArbeitnehmerInnen, Erwerbslose, Jugendliche und RentnerInnen – für die Kosten ihrer kapitalistischen Krise aufkommen sollen. Spätestens nach der Bundestagswahl droht die nächste Agenda 2010 und eine neue Welle von Sozialabbau, um die Krise auf unserem Rücken abzuwälzen.

Gleichzeitig rollt die Entlassungswelle in den Betrieben. 600.000 Menschen haben allein im Januar ihren Job verloren. Die Entlassungen bei Qimonda, Dresdner Bank, Schaeffler und Kurzarbeit für Hunderttausende sind erst der Anfang. Wenn wir uns nicht gemeinsam zur Wehr setzen, werden die Bosse versuchen, Belegschaften getrennt zur Schlachtbank zu führen.

Auftakt für Widerstand: Demos am 28. März

Der erste gemeinsame Auftakt für eine breite Widerstandsbewegung gegen Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau und Umverteilung sind die bundesweiten Demonstrationen, die am 28. März in Berlin und Frankfurt/Main stattfinden. Die Demo wird unterstützt von der Partei DIE LINKE, ver.di Baden-Württemberg und ver.di Berlin-Brandenburg und anderen

Gewerkschaften, attac, SAV und weiteren linken Organisationen.

Doch Demonstrationen allein werden nicht ausreichen, um die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen und umzukehren. Eine koordinierte Streikbewegung und ein zunächst eintägiger Generalstreik sind notwendig, um den ökonomischen und politischen Druck auf die Unternehmer zu steigern. In Frankreich haben sich bereits Ende Januar mehr als zwei Millionen Menschen an einem Generalstreik beteiligt.

Mit Merkel und Ackermann französisch sprechen

In Deutschland sind in den DGB-Gewerkschaften über sechs Millionen Arbeiter und Angestellte organisiert. Die Gewerkschaften hätten die Macht, mit einem Generalstreik das gesamte Land lahm zu legen und die Bosse und Merkel zum Einlenken zu zwingen.

Bisher ruft der DGB zu einer bundesweiten Großdemo am 16. Mai auf. Das ist gut, wenn auch spät. Doch um zu verhindern, dass die Gewerkschaftsführung mit der Demo die Bewegung beendet bevor sie richtig begonnen hat, müssen wir den 28. März zu einem Riesenerfolg machen. Dadurch muss der Druck auf die DGB-Führung erhöht werden, ernsthaft zum 16. Mai zu mobilisieren und nächste Schritte hin zu Massenstreiks in

 **SAV Sozialistische Alternative** ■
Infos, Kontakt & ViSdP: L. Redler, c/o SAV, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin www.sozialismus.info

Angriff zu nehmen. Diese müssen zur Not auch von unten durchgesetzt werden!

Schüler und Studierende rufen Mitte Juni zu einem Bildungsstreik auf. Das ist die Gelegenheit, dass GEW und ver.di die LehrerInnen, ErzieherInnen und andere Beschäftigte des Bildungsbereichs mit zum Streik aufrufen.

In der IG Metall gibt es für den gleichen Zeitraum Diskussionen über Proteste während der Arbeitszeit. Bereits 2004 gab es zum Beispiel in Kassel und Schweinfurt örtliche Streiks gegen die Regierung (damals gegen die Agenda 2010).

Solche Initiativen werden umso nötiger, je länger sich die Gewerkschaftsspitzen gegenüber weitergehenden Aktionen verweigern. Mit Protesten und Streiks auf örtlicher und landesweiter Ebene können weitergehende Aktionen von unten durchgesetzt werden.

Reden wir mit Regierung und Kapital endlich französisch: tous ensemble – alle gemeinsam!

Forderungen der SAV

- Wiedereinführung der Vermögenssteuer: Für eine Millionärssteuer von zehn Prozent
- Für ein staatliches Investitionsprogramm von jährlich 100 Milliarden Euro in den Bereichen Bildung, Umwelt, Gesundheit und Soziales. Allein das könnte 2,5 Millionen Arbeitsplätze schaffen.
- Verteilung der Arbeit auf alle und Kampf um jeden Arbeitsplatz: Als ersten Schritt 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Weg mit Hartz IV und Agenda 2010. Einführung einer Mindestsicherung für alle von 750 Euro plus Warmmiete
- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von zehn Euro pro Stunde als erstem Schritt zu

zwölf Euro.

- Sozialistische Verstaatlichung aller Banken und der Schlüssel-Industrien (DAX-Unternehmen und 150 weitere Konzerne) unter demokratische Kontrolle und Verwaltung durch Belegschaftskomitees, gewählte Vertreter der Gewerkschaften und der Regierung
- Überführung von Betrieben, die Entlassungen oder Schließung androhen sowie Kurzarbeit beantragen, in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung

Die SAV ist der Überzeugung, dass die Durchsetzung dieser Forderungen nur durch eine starke Massenbewegung in den Betrieben, Schulen, Hochschulen und auf der Straße möglich ist. Um diese Verbesserungen dauerhaft zu sichern, kämpfen wir für die Überwindung der kapitalistischen, profitgetriebenen Produktionsweise.

In einer sozialistischen Gesellschaft könnte die Produktion vollständig auf die Bedürfnisse aller Menschen und der Natur ausgerichtet sein. Statt einem chaotischen und ungeplanten Kapitalismus, der immer wieder zu Krisen zu Lasten von Millionen Menschen führt, treten wir für eine demokratisch geplante Wirtschaft ein, in der sich die entscheidenden Wirtschaftsbereiche in öffentlichem Eigentum befinden und durch demokratisch gewählte Organe der arbeitenden Bevölkerung kontrolliert und verwaltet werden.

www.SOZIALISMUSTAGE.de

MARX IS BACK

Widerstand gegen kapitalistische Krise!

Hilftag mit **Holger Burner**

10.-12. April 09
Berlin
 Jugendkulturzentrum **Pumpe**
 Lützowstr. 42
 U1, U2, U4 Nollendorferplatz

RednerInnen u.a.:

- Anna Kleitsa
- Christel Dicembre
- Lynn Walsh
- Huang Qi-chang
- Elmar Altvaater
- Lucy Redler

Auftaktveranstaltung
Mit Marx aus der Krise
 Freitag, 10. April 09, 19 Uhr

SAV Sozialistische Alternative

Jetzt anmelden auf www.sozialismustage.de oder unter 030/24723802

Hinkommen – mitreden – aktiv werden!

Mach mit bei den SozialistInnen!

- Ich möchte **weitere Informationen** über euch.
- Ich möchte die **solidarität – SOZIALISTISCHE ZEITUNG** abonnieren. (Kosten und Bedingungen für das Abo: 15 Euro für ein Jahr innerhalb Deutschlands, 20 Euro für ein Jahr außerhalb Deutschlands. Das Abo verlängert sich nach Ablauf um ein weiteres Jahr und kann jederzeit gekündigt werden.)
- Ich möchte ein **Förderabo** der **solidarität – SOZIALISTISCHE ZEITUNG** mit einer monatlichen Spende von Euro (ab 3 € pro Monat)
- Ich will Mitglied der SAV werden

Name

Straße

PLZ und Ort

Telefon/Email

Dazu ermächtige ich – jederzeit widerruflich – die SAV, 15 € /20 € oder meine regelmäßige Spende von meinem Konto einzuziehen.

Name KontoinhaberIn

Kontonummer

Bank

Bankleitzahl

Datum

Unterschrift

Bitte ausschneiden und senden an:
 SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin oder
 Fax: 030 – 247 238 04

